

# Sozialdemokrat

## Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havlíčkovo nám. 32. | Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16.— Kč, Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. | Vierteljährlich 48.— Kč, halbjährlich 96.— Kč, ganzjährig 192.— Kč. Für Deutschösterreich monatlich 120.— öK, für Deutschland 16.— Mk. Postspartafaktonto 57544. | Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

### Mit uns das Volk!

Die Friedensverträge haben Mitteleuropa balkanisert. Reaktion und Kriegsgefahr bedrohen die Völker. In solchen Stürmen ist es für den Steuermann schwer, das Schiff im richtigen Kurs zu erhalten. Wer aber gerade in den schwersten Augenblicken niemals das Gefühl der großen Verantwortlichkeit verliert, bereit ist, von den Seinen unter allen Umständen jede Gefahr fernzuhalten, der läßt auch in solcher Zeit nie und nimmer die Hand vom Steuer sinken, bis wieder guter Wind die Segel bläht und bei geglätteten Wogen wieder aufrecht in die Luft ragt. Unser Schiff, das stolze Fahrzeug der sozialdemokratischen Partei, ist in Sturm und Wetter fest und ehern geblieben. Als unsere Gegner in den letzten Tagen sahen, wie wir, bedrängt von der drohenden Kriegsgefahr, auch nicht um Handbreite von der eingeschlagenen Richtung abzuweichen, da war ihnen kein Mittel zu schlecht, das dazu dienen sollte, unseren Weg zu erschweren. Die deutsche Sozialdemokratie in der tschechoslowakischen Republik war die einzige deutsche Partei, die schon am kritischen Montag, dem Tage der Mobilisierung, im auswärtigen Ausschuß fest und eindeutig ihre Stellung bekundete, die ihren Weg und ihr Ziel im Parlament und durch den Aufruf des Parteivorstandes klar zeigte. Während die Deutschbürgerlichen ihre Erklärungen vieldeutig abfaßten, es unterließen, ihre wirkliche Meinung vor den Massen der Bevölkerung zu vertreten, sind die Vertrauensmänner der deutschen sozialdemokratischen Arbeiter am Sonntag zur Bevölkerung gekommen, haben damit ihre selbstverständliche Pflicht erfüllt, in der furchtbar ernsten Lage die Fühlung mit der Arbeiterschaft aufrechtzuhalten. Während die Deutschbürgerlichen durch ihre Presse ihre Anhänger kopfschüttelnd machten, ihre Abgeordneten und Führer an Bierischen die unsinnigsten Reden hielten, und in dem Augenblicke, da Klarheit nötiger war denn je, alles taten, um die Wahrheit zu verschleiern, während die Kommunisten mit Absicht im Nebel der Phrasen die Tatsachen entstellten und verhüllten, sind die Sozialdemokraten vor die Arbeiter hingetreten und haben ihnen ernst und ruhig, ohne Furcht vor der Wahrheit, das Ungeheure der aufgeworfenen Probleme vor Augen geführt.

Hunderttausende Arbeiter haben sich am vergangenen Sonntag an den Orten versammelt, an welchen unsere Vertrauensmänner ihnen über die politische Lage Aufklärung gaben, über die drohende Reaktion und Kriegsgefahr berichteten und die Stellung unserer Partei, die von links nach rechts verleumderisch und gehässig angegriffen worden war, erklärten. Es war kein Wunder, daß mancher Arbeiter in dem künstlichen Dunkel, das unsere Gegner zu verbreiten sich bemühten, nur unsicher vorwärts tastete. Es war vorauszusehen, daß mancher mit schweren Zweifeln beladen auf die Aufklärung hartete, die ihm in den Versammlungen zuteil werden sollte. Aber so überzeugt wir auch von der Richtigkeit des Weges waren, so sehr wir auch wußten, daß die sozialistisch Denkenden tapfer mit uns gehen werden, — das unerschütterliche Vertrauen der gesamten Arbeiterschaft, dieses Durchdringens von der Richtigkeit unserer Entschlüsse, das die Versammlungen zeigten, ging beinahe über unser Erwarten. Die hunderttausende Arbeiter Deutschböhmens, Schlesiens und des deutschen Mährens, die sich am Sonntag in den Versammlungen zusammenfanden, legten einmütig das erhebende Bekenntnis ab, daß sie die

### Der Friede gesichert.

#### Einigkeit der großen und kleinen Entente. Die Habsburger beseitigt. Ungarns Entwaffnung beschlossen.

Prag, 1. November. (Tsch. P. B.) Die Verhandlungen in der ungarischen Frage wurden Sonntag und Montag fortgesetzt. Sonntag abends haben die Ententegeandten dem Ministerpräsidenten Dr. Beneš die Ergebnisse der Verhandlungen der Volschasterkonferenz über den Standpunkt der Kleinen Entente vorgelegt. Den Staaten der Kleinen Entente wird mitgeteilt, daß die Volschasterkonferenz den Standpunkt der Kleinen Entente vollkommen in dem Sinne anerkannt hat, daß die Thronenthronung auf die ganze Habsburger-Dynastie auszu dehnen sei, daß Erzherzog Karl aus Mähren ausgewiesen und den Großmächten übergeben werde. Die Volschasterkonferenz konstatiert weiters, daß der Friede von Trianon in jedem Falle durchgeführt werden wird. Der dritte Punkt der Forderungen der Kleinen Entente, nämlich das Verlangen nach Entwaffnung, wird von den verbündeten Mächten gleichfalls in vollem Maße anerkannt. Die verbündeten Mächte sind auch damit einverstanden, daß die Staaten der Kleinen Entente gemäß den Bestimmungen der Friedensverträge an der Entwaffnungsaktion mitwirken. Die Form dieser Aktion wird genau nach dem Wortlaut und den Dispositionen des Friedensvertrages von Trianon bestimmt werden.

Die verbündeten Mächte sind der Meinung, daß unter diesen Umständen kein Grund zu einer militärischen Aktion vorhanden ist, und verlangen, daß sich die Kleine Entente dem Wunsche der Volschasterkonferenz konformiere und darnach ihr weiteres Vorgehen einrichte. Die tschechoslowakische Regierung hat sofort Schritte unternommen, um sich mit Jugoslawien und Rumänien auf einem gemeinsamen Standpunkt zu einigen. Sie hat gleichzeitig ihren Standpunkt den verbündeten Mächten bezüglich des weiteren Vorgehens in dieser Angelegenheit mitgeteilt und steht diesbezüglich mit Jugoslawien und Rumänien in vollem Einvernehmen. Sie hat den verbündeten Mächten die Versicherung ihrer vollen Loyalität gegenüber der gemeinsamen Politik der Großen Entente gegeben und konstatiert, daß es notwendig ist, alle diese Verhandlungen im Interesse der Wahrung des Friedens in einigen konkreten Punkten noch zu Ende zu führen, namentlich bezüglich des weiteren Vorgehens und der weiteren Aktion der ungarischen Regierung und der ungarischen gesche-

Stellung der Partei vollkommen billigen. Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterschaft ist zwischen der drohenden Kriegsgefahr und dem Kampf gegen die wachsende Reaktion weder vom Wege abgerrt, noch hat sie das Ziel aus dem Auge verloren. Die Deutschbürgerlichen mögen sich nur weiter in ihrer zweispaltigen Haltung gefallen, die Kommunisten mögen weiter demagogisch nach links schreiben und reden, aber nach rechts handeln, — wir gehen unbeirrt, gestärkt durch das Vertrauen der großen Massen des arbeitenden Volkes, den Weg weiter, den wir beschritten. Die Massenprotestversammlungen haben bewiesen, daß

gebenden Körperschaften. Nach dieser Richtung sind Vorkehrungen zu treffen, damit die definitive Regelung dieser schwierigen Fragen nicht hinausgeschoben werde und damit die Regierungen der Kleinen Entente in der Tat so schnell als möglich mit den Vorbereitungen zur Aufhebung aller außerordentlichen Vorkehrungen beginnen könnten. Es bleibt auch abzuwarten, wie Mähren die Anordnungen der Volschasterkonferenz durchführen wird; darnach wird das weitere Verhalten eingerichtet. Die Verhandlungen über einige Fragen werden demnach fortgesetzt, es kann aber erklärt werden, daß im Prinzip ein grundsätzliches Einvernehmen in allen wirklich wichtigen Fragen erzielt worden ist, und daß das weitere Vorgehen der Kleinen Entente vollkommen im Einklange mit den Dispositionen der verbündeten Mächte stehen wird.

Die tschechoslowakische Regierung wird die Entwidlung der weiteren Ereignisse auf das wachsamste verfolgen und alles tun, damit einerseits der Friede gewahrt werde, andererseits die Ungarnen allen Verpflichtungen Genüge leisten.

#### Karls Entthronung.

Budapest, 31. Oktober. (M. A. B.) In der am Donnerstag stattfindenden Sitzung der Nationalversammlung wird der Ministerpräsident den Gesetzentwurf betreffend die Entthronung einbringen. Die Vorlage gelangt Freitag in zweiter, Samstag in dritter Lesung vor die Nationalversammlung. Die Mitglieder des Kabinetts sind heute nachmittags zu einem dringlichen Ministerrat zusammengetreten, der sich mit den Forderungen der Entente not befachte.

#### Karls Abreise.

Budapest, 1. November. (M. A. B.) meldet: Minister des Innern Graf Banffy ist heute vormittags vom englisch. Gesandten in Kenntnis gesetzt worden, daß nach einer Mitteilung des Kommandanten der Donauflotte in Raia Karl und Zita sich an Bord eines englischen Monitors auf der Fahrt nach der unteren Donau befinden.

#### Beratungen über Karls Aufenthalt.

London, 1. November. (Reuters.) Im Unterhause erklärte Chamberlain in Beantwortung einer Anfrage, daß die Mächte über den künftigen Aufenthaltsort des Erzherzogs Karl noch beraten.

#### Auch in Belgrad Entspannung.

Belgrad, 31. Oktober. (Tsch. P. B.) Anlässlich des demokratischen Parteikongresses erklärte der Parteiführer Davidovic, der Konflikt mit Ungarn, welches vergaß, daß es keine Großmacht mehr sei, sei auf dem besten Wege zu einer guten Lösung.

das deutsche Proletariat der Republik treu und geschlossen zur sozialdemokratischen Partei steht, daß es von einem unerschütterlichen Friedenswillen beseelt, aber auch fest entschlossen ist, als unüberwindliche Armee der Reaktion entgegenzutreten, wenn diese ihr drohendes Haupt erhebt. Mit den Massen der Arbeiterschaft und durch sie wird die Sozialdemokratie für den mit dem Blute von Millionen erkauften Frieden kämpfen, mit ihr und durch sie halten wir hochgehoben unsere Faust geballt gegen das Unklug der Konterrevolution: mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

### Wir fordern die sofortige Demobilisierung!

Zehn dunkle und schwere Tage liegen hinter uns, finstere noch und unheimliche als der Unglücksjuli des Jahres 1914. Auch damals ging das Gespenst des Krieges um, jeder fühlte die kalten Schauer, die von der Schreckgestalt ausgingen, aber die Phantasie machte sich nur ein schwaches, unzureichendes Bild von dem Gräßlichen, das da im Hinterland lauerte und dreute. Damals konnte noch der leichtfertig-hohle Urheber all des Unheils, der Graf Berchtold, wähen, mit einem kleinen „Sraziergang nach Belgrad“ sei alles getan, und die fürchte bürgerliche Welt glaubte es mit ihm. Diesmal konnte solch löstlicher Wahn die Gemüter nicht mehr umnebeln, die Mobilisierten und ihre Familien, das ganze, im Schreck und Not erzitternde Land wußte, wie namenlos furchtbares ein Krieg bedeute. Wer sah nicht die schwachen Ansätze zu neuer Friedenswirtschaft im Nichts zerrinnen? Wem zog sich nicht um sein schüchtern aufblühendes, ach, noch so langes häusliches Behagen ein schwarzer Flor der Trauer, der verzweifeltsten Hoffnungslosigkeit? Die Gefahr dieses Vorgehens ist nun gebannt, an Krieg wird auch der verbissenste Militarist nicht mehr zu denken wagen. Aber Unheils genug ist schon geschehen! Viele Tausende sind von Hof und Herd, aus Beruf und Familie gerissen, Arbeitsstätten stehen verwaist, in hunderte von Schulen sollen Soldaten einziehen, die Einnahmequellen unzähliger Familien stoen. Jeder Tag, den dieser Zustand länger dauert, steigert die Staatsschulden ins Unerträgliche, zerrüttet eine Anzahl von Privathaushaltungen. Darum Schluss mit der Mobilisierung! Die Einheit zwischen der großen und der Kleinen Entente schüchert die ungarischen Grafen und Räuber wirksamer ein als alle geladenen Gewehre der Tschechoslowakei! Der Grund, welchen die Regierung für die vorläufige Aufrechterhaltung der Mobilisierung ansührt, hat weder Gewicht, noch Kraft. Wir verlangen darum im Namen der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei von der Regierung, die sofortige Demobilisierung durchzuführen!

### Bandengefichte im Burgenland.

Schweres Autounglück österreichischer Wehrmänner.

Wien, 1. November. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“). Heute nachts kam es zu einem Gefecht mit ungarischen Banden bei Friedberg. Die Banden hatten eine kleine Sicherungstruppe überfallen und es mußten Verstärkungen aus Friedberg gerufen werden. Die Verstärkungen kamen in einem Lastauto. Unterwegs stürzte aber das Auto um und begrub die Mannschaft unter sich. Neun Wehrmänner wurden als Leichen hervorgezogen, 18 waren verwundet, darunter neun schwer. — Ein zweites Gefecht spielte sich bei Ungarbach ab. Auch hier wurden die ungarischen Banden zurückgeworfen. Sie verloren einen Toten und drei Verwundete, darunter einen Oberleutnant.

### Die Verhandlungen von Portorose.

Portorose, 31. Oktober. (Tsch. P. B.) Der Urheber der Konferenz, Oberst Smith, verwies auf die Verwickelungen, welche ein Hindernis für die Wiederherstellung Mittel-europas bilden. Bei Besprechung der Regelung der Valutafrage machte Oberst Smith auf die Anregung Vanderslips aufmerksam, eine europäische Bank mit einer Goldreserve für internationale Zahlungen zu schaffen, wodurch der schädliche Einfluß der ständigen Valutaschwankungen beseitigt würde. Er hob sodann her-



vor, daß die Vereinigten Staaten die Konferenz als eine rein wirtschaftliche betrachten, bei welcher alle politischen Rücksichten beiseite treten müssen.

### Rücktritt der preußischen Regierung.

Ein Mandat der Demokraten.

Berlin, 1. November. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat.“) Die preußische Regierung ist heute nachmittags zurückgetreten. Die Demokraten hatten in einer Fraktionsitzung die Zurückziehung ihrer Mitglieder aus dem Kabinett beschlossen. Daraufhin gab das Gesamtkabinett Siegerwald seine Demission. Am Donnerstag tritt das preußische Abgeordnetenhaus wieder zusammen, das nach der Verfassung den Ministerpräsidenten zu wählen hat, der dann die Bildung der neuen Regierung vornimmt.

Die Demokraten haben sich bei ihrem Vorgehen offenbar von dem Wunsche leiten lassen, die deutsche Volkspartei in die Regierung einzubeziehen, damit auf dem Umweg über Preußen auch für das Reich die sogenannte „große Koalition“ zustandekomme, also eine Regierung von Stresemann bis Scheidemann. Daß die Sozialdemokratie auf dieses Mandat eingehen wird, nachdem eben erst die Stinnespartei sich der von den Deutschnationalen betriebenen Zerstörungspolitik angeschlossen hatte, ist vorläufig nicht anzunehmen. Allerdings hat der frühere preußische Innenminister Seeberting in einer Rede in Breslau am Montag ausgeführt, daß die Sozialdemokratie in Preußen auch eine Regierung mit der deutschen Volkspartei bilden würde. Wenn sie dagegen wiederum von der preußischen Regierung ausgeschlossen werden sollte, so würde sie in schärfster Opposition treten. In der Diskussion wurde von der Versammlung dieser Standpunkt bekämpft und ausgeführt, daß ein Rücktritt der Partei nach rechts in Preußen die parlamentarische Grundlage der Regierung Wirth im Reich, die auf der Mitarbeit der Unabhängigen beruht, erschüttern könnte. Sollte die Sozialdemokratie in Preußen dennoch in eine Regierung mit der deutschen Volkspartei gehen, so müßte das für die nächste Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung schwere Folgen haben.

### Landtagswahlen in Baden.

Berlin, 31. Oktober. (Eigener Bericht des „Sozialdemokrat.“) Die gestrigen Neuwahlen zum badischen Landtag haben die Wiederkehr der bisherigen Regierungskoalition: Sozialdemokratie, Zentrum und Demokraten ergeben. Die Sozialdemokraten haben einen Zuwachs von 15.000 Stimmen, die Rechtsparteien haben einen wesentlichen Zuwachs auf Kosten der Demokraten aufzuweisen. Der neue Landtag wird sich zusammensetzen aus: 20 Sozialdemokraten (bisher 36), 34 Zentrum (bisher 30), Demokraten 7 (25), Unabhängige zwei (0), Kommunisten drei (0), Deutschnationale sieben (7), Landwirte 7 (0), deutsche Volkspartei 5 (0), wirtschaftliche Vereinigung 1 (0).

Für die U. S. P. D. kommt die Koalition nicht in Frage.

In einer Versammlung der Berliner Funktionäre der U. S. P. D. wurde übereinstimmend der Auffassung Ausdruck gegeben, daß für die U. S. P. D. eine Beteiligung an einer Koalition mit bürgerlichen Parteien nicht in Frage kommen könne. Die Politik des Proletariats muß eingestellt sein auf Schaffung einer Regierung der sozialistischen Parteien gegen die kapitalistischen Parteien. Zu dem Parteitag in Leipzig sollen nur solche Delegierte gewählt werden, die unbedingt auf dem Boden des reinen Klassenkampfes stehen.

### Französischer Parteitag.

Paris, 1. November. Der sozialistische Parteitag behandelte gestern die Frage der Taktik der Partei. Der Generalsekretär der Partei, Paul Faure will keine Allianz mit den bürgerlichen Parteien, auch keine Allianz mit der äußersten Linken. Die Partei müsse bleiben, was sie sei. Der Redner sprach auch von der Wahlkampagne, durch die die Partei einen Teil ihrer Anhänger verlieren könne. Die Partei müsse sich das Recht vorbehalten, eine Koalition einzugehen, wenn die Wahlen vor der Tür ständen. Der Abgeordnete Blum warnte den Kongress vor einer Ueberstürzung gefährlicher Entscheidungen und ersucht, keine Entscheidung über die innere Politik der Partei anzunehmen.

### Beendigung des nordfranzösischen Streiks.

Lille, 1. November. (Sch. P. B.) Der Streik der Textilarbeiter in Lille, Roubaix, Tourcoing und Umgebung ist beendet. Die Arbeit wird am Mittwoch bedingungslos wieder aufgenommen.

### Frankreich für die Autonomie Osgalziens.

Berlin, 1. November. Wie die Blätter aus Warschau berichten, behauptet das dortige so-

zialistische Zentralorgan „Robotnik“, Briand habe mitgeteilt, die osgalzijsche Autonomie müsse bis Mitte Dezember im günstigen Sinne erledigt sein, sonst könne Frankreich die polnischen Ansprüche auf Osgalziens nicht weiter unterstützen.

### Die irische Kriegsgefahr.

Schwerwiegende Warnungen Lloyd Georges im Unterhaus.

London, 31. Oktober. Lloyd George erklärte in seiner Rede im Unterhaus über die irische Politik der britischen Regierung, daß keine Übereinkunft, die im Verlaufe der Verhandlungen abgeschlossen werden sollte, ohne die Ermächtigung des Parlamentes in Kraft treten würde. Das Unterhaus müsse entweder seinen Unterhändlern vertrauen oder sie durch andere ersetzen. Wenn das Unterhaus nicht wolle, so gebe es keinen Mann, der froher sein würde, zu einem Souverän zu kommen und zu sagen: Ich überreiche Ihnen hiemit mein Portefeuille. Wenn die gesamten Fragen im Unterhause erörtert würden, so würde dies das Ende der Konferenz bedeuten. Gegen die Regierung würde der Vorwurf erhoben, daß sie mit Leuten verhandelt, welche die Autorität der Regierung nicht anerkennen. Sie müsse aber mit den Leuten verhandeln, die im Augenblicke im Namen des irischen Volkes sprechen. Es sei nicht das erste Mal, daß Großbritannien mit Rebellen mit gutem Erfolg für das Reich verhandelt habe. Es handle sich darum, ob das Haus der Regierung sagen werde: „Gebt das Verhandeln auf, unterdrückt zuerst den Aufstand und legt Irland eine Regelung auf die dem Parlamente gerecht erscheint.“ Das Haus solle, wenn die Konferenz abgebrochen werden sollte, was der Fall sein könnte, das Gefühl haben, was vernünftigerweise von England vor dem Gewissen der zivilisierten Welt erwartet werden könne, um die Folgen davon abzuwenden. Sollte die Konferenz abgebrochen werden, so würde das Erste sein, was die Regierung täte, das Haus zu ersuchen, die Streitkräfte der Krone beträchtlich zu verstärken. Die Erfahrungen im südafrikanischen Krieg lehrten, daß riesige Streitkräfte nach Afrika geschickt werden müßten, um dem Guerillakrieg zu begegnen. Er müsse dem Hause jedoch ausdrücklich sagen, daß, wenn es nicht unbedingt für die Ehre und Sicherheit Englands nötig sei, jetzt nicht die Zeit sei, zum Unterhause zu kommen und von ihm zu fordern, daß es den Steuerzahlern weitere große Lasten aufbürde und die Jugend von neuem auffordere, ihr Leben aufs Spiel zu setzen. Bevor man das tue, müsse man vor allen Dingen erst das englische Volk überzeugen, daß keine andere Wahl bestehe. Man müsse das britische Reich davon überzeugen und sich selbst. Die Verhandlungen mit den Sinnfeinern gingen weiter. Er wäre froh, wenn er mitteilen könnte, daß die Geschwisterationen, die das Reich begründet hätten, beschließen, dem Jahrhundert während den Streit ein Ende zu machen und Kameradschaft an dessen Stelle zu setzen. Er könne dem Hause jedoch nicht die Möglichkeit verheimlichen, daß er vielleicht die fürchtbare Mittelung werde machen müssen, daß es unmöglich sei, ohne Gefahr und Schaden zu einer Regelung zu gelangen. Wenn diese fürchtbare Stunde kommen sollte und es für das Land notwendig wäre, große Opfer zu bringen, dann müsse das Gewissen Großbritanniens frei sein und man müsse das Gefühl haben, daß alles getan wurde, was getan werden konnte, um den Frieden zu erhalten. Wenn die Sicherheit Englands bedroht, wenn der Thron nicht anerkannt wird, wenn das britische Reich verstimmt und Irland zu einem fremden Staate werden sollte, wenn Englands verwundbarste Flanke die Freiheit erhalte, mit Feinden Abmachungen zu treffen und den britischen Handel zu bekämpfen und wenn der britische Handel Angriffen an der irischen Küste ausgeführt werden könnte, ohne daß Großbritannien das Recht erhalte, die irische Küste zu seinem eigenen Schutz zu benützen, wenn auf Abmachungen bestanden würde, die den Bürgerkrieg zwischen Katholiken und Protestanten bedeuten, dann würde Großbritannien die notwendigen Opfer bringen, um solches Unheil abzuwehren. — Asquith gab seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß die Regierung endlich eine Politik angenommen habe, für welche die Opposition von Anfang an eingetreten sei. Seine Partei werde die Regierung dabei mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen. Asquith stimmt mit Lloyd George darin überein, daß die Konferenz der Regierung mit den Sinnfeinern streng vertraulich und privat sein müsse. Es dürfe jedoch keine Regelung ohne das Parlament erfolgen. Sollten die Verhandlungen abgebrochen werden, so werde man einer Lage von beispielloser Schwierigkeit und Gefahr gegenüberstehen. Das Unterhaus lehnte schließlich das Briston-Votum gegen Lloyd George mit 433 gegen 43 Stimmen ab.

### Ausland.

Anerkennung der zaristischen Schulden durch die Sowjetregierung.

London, 30. Oktober. Die Sowjetregierung hat an die britische Regierung eine Note gesandt, welche u. a. besagt: Die Brüsseler Konferenz hat zur Bedingung der Bewilligung von Krediten für die Hungernden in Rußland die Anerkennung der alten russischen Schulden gemacht. Die Sowjetregierung erklärt sich bereit, die Verpflichtungen anzuerkennen, die aus den von der zaristischen Regierung vor dem Jahre 1914 abgeschlossenen Anleihen ergeben, mit dem Vorbehalte, daß sich die Großmächte gemeinsam verpflichten, jedwede die Sicherheit und Integrität der Sowjetrepublik und des Fernen Ostens bedrohende Tätigkeit einzustellen. Die Sowjetregierung beantragt, zu diesem Zwecke rasch eine internationale Konferenz einzuberufen, welche die allgemeine Pazifikation herbeiführen würde.

Ob die vorliegende Nachricht auf Richtigkeit beruht, können wir im Augenblick nicht nachprüfen. Aber sie gewinnt an Wahrscheinlichkeit dadurch, daß sie in die Wirtschaftspolitik, welche die Sowjetregierung gegenwärtig betreibt, sehr gut hineinpaßt. Immer mehr macht die Sowjetregierung Konzessionen an den europäischen Kapitalismus. Während die Kommunisten weiterhin hartnäckig den Kampf gegen die übrigen sozialistischen Parteien der Welt führen, während sie um tatsächliche Differenzen halber die Arbeiterbewegung Europas geschwächt und gespalten haben, geben sie nun selbst ihre Grundzüge in einer Weise preis, die für die ganze Arbeiterbewegung der Welt immer mehr zutage tritt. Als Otto Bauer seinerzeit auf dem Betriebsrätekongress der österreichischen Metallarbeiter darlegte, daß der deutschösterreichische Staat ohne die Hilfe der kapitalistischen Mächte des Westens nicht lebensfähig erhalten werden könne, sprachen die Kommunisten von dieser Feststellung einer selbstverständlichen Tatsache als von einem Verrat am Sozialismus. Wenige Wochen später erklärte dasselbe Lenin bezüglich Rußlands, was freilich in den Augen der Kommunisten nicht mehr Verrat am Sozialismus, sondern die weise Tat eines großen Staatsmannes war. Nun geht Lenin einen Schritt weiter. Er gibt den Kapitalisten nicht nur Konzessionen, nicht nur das Recht, die Naturreichtümer Rußlands nach kapitalistischen Grundgesetzen anzukurbeln, er ist auch bereit, die ausländischen Schulden Rußlands, die Schulden des zaristischen Rußlands an seine kapitalistischen Gläubiger anzuerkennen und zu bezahlen. Von dem wirtschaftlichen Programm der Bolschewiki, das die Grundlage der kommunistischen Bewegung in allen Ländern gebildet hat, wird bald gar nichts mehr übrig geblieben sein.

### Amnestie für die Minister Kollschakows.

Im Einverständnis mit dem Sibirischen Revolutionskomitee hat das Präsidium der Allrussischen Zentral-Exekutive beschließen die Minister Kollschakows, die Professoren Wedensky und Proobrajensky, zu amnestieren. (Diese Nachricht wird uns von der Handelsdelegation der Russischen Sowjetrepublik in Prag zugestellt. Die Tatsache der Amnestierung zweier Minister, die einer gegenrevolutionären Regierung angehört haben, ist ein weiterer Abbau der bolschewistischen Politik. D. Red.)

### Harding gegen die Zurückziehung der Amerikaner vom Rhein.

Washington, 31. Oktober. (Reuter.) Wie verlautet, teilte Harding bei einer Besprechung mit Porter dem Vorsitzenden des Repräsentantenausschusses für auswärtige Angelegenheiten mit, daß er gegen die Annahme jeder Entscheidung sei, welche die unverzügliche Zurückziehung der amerikanischen Truppen am Rhein vorsehe.

### Aus der Hölle des ungarischen Proletariats.

„Ich gedenke auch der patriotischen Haltung der ungarischen Arbeiter...“ Dies sind Worte aus dem Manifeste Hortihys, das dieser elende Bürger des ungarischen Volkes erließ, als es ihm geglückt war, nach der sagenhaften „Schlacht bei Budaörs“ den Sieg über „seinen geliebten und gesalbten König“, über Karl den letzten, zu erringen. Wäre die Arbeiterchaft Ungarns nicht an Händen und Füßen geknebelt und gekettet, wäre es ihr seit zwei Jahren nicht unmöglich gemacht worden, im Zeitungen oder Versammlungen auch nur ein leises Wort der Kritik gegen das verruchte terroristische System zu sagen, was hätte sie wohl die fernen gemeinen Heuchler geantwortet? Sie hätte auf die tausendfachen Wunden hingewiesen, die ihrem armen unglücklichen Körper während der Epoche des weißen Terrors geschlagen wurden und hätte es sich wohl mit Recht vorbehalten, daß der Habsburgernecht Hortihy — ein-

mal in die Klemme geraten — sich nun auf die Arbeiterschaft beruft, deren Haltung ihm zugeht sein soll.

„Ich befehle und sie gehorchen,“ sagte Hortihy, als er vor zwei Jahren über das Verhältnis befragt wurde, das er nun der Arbeiterschaft gegenüber gestalten wolle. Und er hat — leider — noch viel mehr gehalten, als er in diesem gemeinen Kasernenpruch angebroht hatte. Als er damals an der Spitze seiner Banditen seinen Einzug hielt, nannte er Budapest eine „sündige Stadt“ und meinte darunter natürlich das Proletariat und ließ es durch seine weißen Horden auch danach behandeln. Die erste glorreiche Tat war bekanntlich die Zerstörung der Arbeiterdruckerei. Dieser folgte die Ermordung der beiden Redakteure der Parteizeitung und eines Parteisekretärs, vieler unschuldiger Proletarier und wem nur nachgewiesen werden konnte, daß er eine Funktion, wie etwa die eines Fabrikvertrauensmannes bekleidet hat, sah bald hinter Schloß und Riegel oder kam ins Internierungslager. Nichts nützte es, daß die ganze zivilisierte Welt gegen dieses Blutregiment protestierte. Die Kerkerzellen sind bis heute noch nicht geöffnet, die Internierungslager sind voll. Bald sollte nach der Etablierung des terroristischen Regiments die Verfolgung gegen sämtliche Institutionen der Arbeiterbewegung ein. Im Winter des Jahres 1920 hielt man — nach Zerstörung der Gewerkschaften — dabei, die Krankenkassen der Arbeiterschaft zu entwenden. Als die Arbeiter an den Verhandlungen teilnehmen wollten, wo die „sozialen Reformen“, d. h. die vollständige Entrechtung der Arbeiter in den humanitären Organisationen besprochen werden sollte, lehnte dies der Minister für Volkswohlfahrt wörtlich mit der Begründung ab: „Es verursacht mir physisches Unbehagen, mit sozialdemokratischen Arbeitern an einem Tische zu sitzen!“ Heute ist man so weit, daß das Millionenvermögen durch „guthristliche“ Beamte vertan wurde und vor vier Wochen wurde ein seit 25 Jahren bestandenes Waschgemeinschaftsheim der Arbeiter durch ministerielle Verordnung zu einer Schwesternanstalt umgewandelt und in derselben Woche ein Arbeiter-Krankenhaus seinem Berufe entzogen und den gutbürgerlichen Patienten eröffnet.

In Ungarn leidet die Arbeiterschaft ebenso an all den Nachkriegsübeln, Teuerung, Arbeitslosigkeit etc. wie in allen sogenannten besiegten Staaten. Während aber in allen Ländern die Regierungen Abhilfe, wenn schon nicht finden, so doch wenigstens suchen, ist das ungarische Proletariat selbst jeder Möglichkeit der Selbsthilfe beraubt. Die Gewerkschaften stehen unter der strengsten Aufsicht der Polizei und der Offiziersdetachements. Aber nicht nur bildlich, sondern faktisch. So z. B. werden Vorstande und Vertrauensmännerversammlungen im Beisein der Polizeivertreter abgehalten. Wehe der Organisationsleitung, die die Einlabung der Polizei versummt. Die Organisation der Eisenbahner ist seit zwei Jahren aufgelöst, die der Straßenbahner, der Gemeindegewerkschaften etc., desgleichen, die Bergarbeiter — wie im Kriege militarisiert, die Verbandsvermögen konfisziert, die Fachpresse, unter welchem Titel immer, verboten. So ist die Arbeiterschaft natürlich außerstande, gegen Teuerung, Krankheit und Hunger zu kämpfen. Eben geht eine Kampagne zu Ende, die den Zweck hat, den Arbeitern die Konsumgenossenschaft aus den Händen zu reißen und diese den lumpenproletarischen Banden der „Erwachenden Magyaren“ zu übergeben.

So sieht es aus in den Städten. Draußen am Lande aber ist es wenn möglich noch schlimmer um das Proletariat bestellt. Da leben ungefähr eine Million ländliche Proletarier, die vor Hunger und Elend verkommen. Vor ungefähr vier Wochen wurde im Parlament von bürgerlichen Abgeordneten festgestellt, daß die Landarbeiter, nachdem sie der Teuerung angemessene Löhne forderten, im Sommer ohne Arbeit blieben und nun in Massen die landwirtschaftlichen Maschinen zerstörten. Der Minister gab zur Antwort, daß bereits genügend — Militär in die betreffenden Gegenden geschickt wurde. Als aber vor zwei Jahren dieses Parlament gewählt wurde, mußten die Arbeiter die Wahlen boykottieren, weil sie bei den Wählerversammlungen von den Offiziersdetachement blutig geprügelt und ihre Kandidaten verhaftet und erschlagen wurden.

So schwächtet eine ganze Klasse eines unglücklichen Landes unter einer unbarmherzigen Sabelschliffart und es ist noch immer die bange Frage der ungarischen Arbeiterschaft: wird der große Kerker endlich einmal geöffnet werden, wann und von wem wird dies bewerkstelligt werden? Wer immer es sein sollte, das ungarische Volk wird ihn ins Herz einschließen, diese Befreiung wird ein großes, ein gutes internationales Werk sein!



Inland.

Der deutsche christlichsoziale Abgeordnete Maxl für Porzhy. Der Herr Abgeordnete Maxl (Eger) hat in einer Zuschrift an uns seine Sympathie für Porzhy zu verkünden gesucht. Wir wollen daher nach dem Berichte der Preßburger Zeitung „Neopolarat“ vom 16. Oktober in wörtlicher Uebersetzung die Erklärung des genannten Abgeordneten, welche er anlässlich der Reise der deutschbürgerlichen Parlamentarier in die Slowakei einem Redakteur dieses Blattes abgegeben hat, wiedergeben. Maxl sagte: „Ich war auch früher unter Ungarn. Es war es auch weniger Gegenüber zwischen Ungarn und Deutschen gab, so haben wir doch die Loyalität und die Gastfreundschaft der Ungarn stets bewundert und geehrt und ich kann wirklich sagen, daß der jetzige Empfang uns dennoch überrast hat. Erst jetzt begreifen wir die Ungarn wirklich kennen zu lernen. Bisher haben wir bei den Ungarn nur das eine bemängelt, daß sie stark unter jüdischem Einflusse standen, jetzt aber bewundern wir geradezu die Energie der Ungarn, die sich um die Bedenken der Entente nicht kümmern und ihren Staat so einrichten wollen, wie es ihnen beliebt. Wir verurteilen den Standpunkt der Wiener in der westungarischen Frage. Der Friedensvertrag ist ein Raub, auf welchen man sich nicht als eine „Rechtsquelle“ berufen kann. Wir haben ein ähnliches Schicksal wie die hier lebenden Ungarn; wir sind hergekommen, um die hiesigen leitenden Ungarn näher kennen zu lernen, mit welchen wir gemeinsam für ein besseres Los arbeiten wollen.“ — Wenn also Herr Maxl demontieren will, muß er sich an seine eigenen Gesinnungsgenossen wenden.

Merikale Anbiederung. Der gestrige „Prozess Recernit“ kommt im Leitartikel nach einer durchaus objektiven Darlegung zur oberflächlichen Krone bei der Berechnung der internationalen Verhältnisse Deutschlands in folgenden interessanten Betrachtungen bezüglich der Entwicklung der Parteiverhältnisse in der Tschechoslowakei: „Wir sind in der Tat überrascht, mit welchem Nachdruck die deutschen Sozialdemokraten verlangen, daß die Arbeit der Anarchisten des katholischen Zentrum, Kaiserliche. Denn auf diesen beiden Parteien beruht heute die Demokratie Deutschlands. Dies erscheint uns auf den ersten Blick sehr seltsam. Was darf aber nicht verzeihen wir unser nördlicher Nachbar immer um einige Kilometer uns voraus war. Und daß sich auch bei uns mit der Zeit ähnliche Verhältnisse herausbilden können. Wirst die tschechische Sozialdemokratie definitiv die kommunistischen Phantasien von der staatlichen Produktion und Distribution ab, ficht in ihr die evolutionäre Sozialreformistische Richtung, läßt sie im Sozialkampf die gassenjungen (gassenjungen) Strömung der Sozialdemokratie beiseite und wird sie in den von Bechma untrifften Bahnen weiterfahren — und werden auf der anderen Seite die Wählermassen das kapitalistische Innere der Nationaldemokraten und aufschreienden Agrarier durchschauen und sich infolgedessen um die Fäden der Volkspartei sammeln und in ihr das lebendige sozial (notwendig auch radikal) reformistische Empfinden verstärken, dann entsteht zweifellos eine neue politische Konstellation, welche sich diametral von der heutigen Situation unterscheidet. Diese Konstellation wird neue Methoden und die Re-

biffen verschiedener Voraussetzungen erfordern, welche heute von den konservativen Elementen als unantastbar angesehen werden. Das ist keine Prophezeiung, auch nicht die einzig mögliche Perspektive, es handelt sich nur um ein aufmerksames Problem. Aber — Germania docet.“ Wozu wir nur bemerken, daß zwischen Wirth und Vater Schramel doch ein kleiner Unterschied besteht.

Die Demasierung der „Revolutionäre“. Krasser Widerspruch zwischen Schlagworten und Aktionsfähigkeit.

Der interessanteste Teil der Beratungen des kommunistischen Parteitagess war die Dienstag-Sitzung, in der Schmeral und Kreibich über Verlangen des Parteitagess ihre Haltung und ihre Ansichten in der gegenwärtigen politischen Lage darlegten und rechtfertigten, die bei einem Teile der Delegierten, und zwar noch mehr auf tschechischer als auf deutscher Seite, belämpft wurde. Abg. Schmeral erklärt, er glaube nicht, daß die jetzige Mobilisierung gegen Sowjetrußland gerichtet sei. Er wendet sich als Kommunist gegen den unbedingt pazifistischen Standpunkt gegenüber Ungarn und stützt sich dabei auf einen Artikel Bela Kuhus und andere Artikel ausländischer „Kommunisten“, worin gesagt wird, daß der Standpunkt der großen Entente, welche der Tschech Slowakei jetzt in die Arme falle, reaktionärer ist, als der Standpunkt des Dr. Benes. — den Arbeitern seien der Tschech Slowakei definitiv zu demasieren. Das Erscheinen Maxl Habsburgs in Ungarn bringe ungewißheit und Gefahr der monarchistischen Reaktion und damit die Gefahr für die Integrität des tschech slowakischen Staates in unmittelbarer Nähe. Hätten wir uns nicht gleich am ersten Tage mit größtem Nachdruck für die Belämpfung der Habsburger Reaktion ausgesprochen, so wären wir sicher verächtlich angesehen und ohne Zusammenhang mit den Massen dagestanden. Jeder begreift daß die Situation in den deutschen Gebieten eine andere ist und daß die Deutschen bei der Politik der tschechischen Regierung keine Befürworter für eine Mobilisierung zeigen können. Die Massen dort, die heute gegen den Krieg sind, würden aber schon morgen auf den Straßen das „Gott erhalte“ singen. Wir dürfen die Arbeiter nicht in den Dienst nationaltschechischer Stimmungen stellen. Freilich ist Benes nicht der Mann, der den Monarchismus wirklich bekämpfen kann. Dieses Werk kann und wird nur die soziale Revolution des vereinigten Proletariats von ganz Mitteleuropa sein. Es wäre falsch, gerade im jetzigen Augenblick den entscheidenden Kampf mit der staatlichen Macht aufzunehmen. Wir werden diesem Kampfe nicht ausweichen, aber wir sind heute nicht so stark, um ihn siegreich zu bestehen. Abg. Kreibich verteidigt gegenüber den deutschen Parteigenossen seinen mit Schmeral übereinstimmenden Standpunkt. Er verweigert sich dagegen, ein Wort des Vertrauens gegenüber der Regierung ausgesprochen

zu haben. „Für die Taktik, für die wir die Verantwortung übernehmen, waren zwei Rücksichten maßgebend. Die Rücksicht auf die internationale politische Situation und auf das gegenwärtige Stadium der Weltwirtschaftskrise. Das Proletariat befindet sich gewaltig im Abwärtskampf, es bedarf einer gewaltigen Kraftanstrengung, um wieder zur Offensive übergehen zu können. In den drei Jahren des Bestandes dieses Staates hat die Arbeiterschaft immerhin einen Aufschwung zu verzeichnen, dank der nationalen und staatlichen Selbständigkeit. Darum müssen wir die monarchistische Gefahr mit allen Mitteln bekämpfen, ein Standpunkt, der auch von maßgebenden ausländischen Kommunisten wird. Wenn wir die Parole des Nichterückens ausgegeben hätten, hätten Porzhy und Karl eine bedeutende moralische Unterstützung gefunden. Andererseits hätte diese Parole, die Provozierung des Bürgerkrieges bedeutet, den Wir aber in unserer momentanen Situation nicht wagen dürfen. Allerdings ist heute die Situation bereits wesentlich anders als vor acht Tagen und wenn die Mobilisierung jetzt noch weiter betrieben wird, so verlor sie Ziele, gegen die wir ankämpfen müssen, weil sie imperialistisch sind. Vor allem müssen wir die Politik der Entente unterstützen und bekämpfen, deren Ziel die Aufrechterhaltung des Kapitalismus und die Niederwerfung des Proletariats war und ist. In der anschließenden Debatte wandten sich von deutscher Seite Delegierter Stern, von tschechischer Seite insbesondere Bajtauer, ziemlich scharf gegen die Haltung der Führer, welche nach ihrer Ansicht der kommunistischen Uebersetzung widersprechen. In ihren Schlussworten verpöbelten Schmeral und Kreibich auf die besprochenen Bemerkungen, worauf die Debatte abgebrochen wurde. Heute wird weiter verhandelt.

Tages-Meinungen. Allerseelen.

Nach kirchlichem Brauch gedenkt man heute der Toten. Man wandert zu den Gräbern hinaus und schmückt sie mit Blumen und Kerzen. Millionen Menschenleben ruht man in diesem Tage in die Erinnerung eines Stunden zurück. Wollen auch wir uns erinnern! Denn diese Erinnerung ist nicht nur schmerzhaft, sie ist ebenso lehrreich. Gedenken wir heute an die Brüder und Töchter und Freunde, die in Habsburgs und Hohenzollerns wahnwitzigen Krieg erschlagen, die wehrlos hinausgeschleppt wurden um zu werden und gemordet wurden. Gedenken wir zu Allerseelen der Seelen derer, an die kein Gedächtnis der Mächtigen während des Krieges andacht hat, und die ob des unerträglichsten Leid bebrochen sind. Gedenken wir all jene, die als Märtyrer des Krieges auf dem Schlachtfeld und in den Kerker als Friedensfreunde, als aufrichte Sozialisten starben, gedenken wir der Frauen und Männern, die zerberstende Granaten in den Munitionsfabriken zertrümmert haben. Gedenken wir die hunderttausenden Flüchtlinge, die auf der Flucht vor Hunger und durch Seuchen starben. Gedenken wir heute der Millionen Toten und Trauernden und dann des einen Ueberlebenden, den der furchtbare

Tod, der fünf Jahre lang über Europa grauf, nicht abzuschrecken vermocht hat. Gedenken wir des einen Ueberlebenden, der trotz alledem die Kraft gefunden hat, weiterzuleben, vor Schuld nicht in sich versinken ist, sondern im blauen den Lebenden wie dem Tod weitergeblieben wollte. Gedenken wir der Millionen, deren Gräber fern von uns und unbekannt sind. Der Zahllosen, die der Hunger in Rußlands wüsten Steppen und verkommenen Dörfern und Städten dahingerafft hat. Und gedenken wir der Mörder der kapitalistischen Raubstaaten, die Rußland jahrelang blockiert, von der übrigen Welt abgesperrt haben. Gedenken wir am Tage der Toten auch ihrer Mörder! Gedenket der Gräber von Brüx, Aussig, Grassitz. Und denket an die, die des Todes sind, wenn die Vernunft nicht siegt über den Wahnsinn des Krieges, der uns umlauert!

Eine Einrückungsszene. Ein Genosse, der am 27. Oktober eingezogen ist, teilt uns folgende Einrückungsszene mit: Um 12 Uhr Mittag kam er mit mehreren Einrückenden nach Jicin. Einige junge Leute waren leicht angeheitert. Als die jungen Leute ausstiegen, fielen die erwartenden Soldaten mit Puffen und Stößen über sie her. Drei von den Einrückenden, zwei Tschechen und ein Deutscher, verlangten, daß man sie doch frei lasse, da sie ohnehin freiwillig gekommen seien, und daß doch kein Grund vorliege, sie festzunehmen. Man verbot ihnen jedoch zu sprechen und aus der sanftmütigen Volksmenge hörte man die Rufe: „Schlagt sie nieder, schlagt sie nieder.“ Das war das Signal zu einer allgemeinen nationaltschechischen Prügelei, an der sich vorzugsweise das Personal des Stationsgebäudes beteiligte. Neben auch ein armer Arbeiter ist, schlug einen Einrückenden namens Sommer aus Mönchsberg bei Hohenau und nachherzig mit seiner Signalfahne und nachdem diese zerfallen war, mit seinen eisenschlagenden Stiefeln. Der Stationsinspektor Josef Sawel soll dieses Vorgehen dann belobt haben.

Bethmann über die Niederlage der Mittelmächte. Der frühere Reichskanzler Bethmann-Hollweg hat Betrachtungen über den Weltkrieg geschrieben, deren 2. Band jetzt veröffentlichte. Er enthält schwere Anklagen gegen die Träger des früheren Systems, insbesondere gegen Ludendorff. Ueber die wirklichen Ursachen der militärischen Niederlage der Mittelmächte heißt es: Einer Koalition von Mächten, hinter denen eine Bevölkerung von 878 Millionen stand, die über die Kampfmittel fast der gesamten Welt verfügte, sind die hermetisch abgeschlossenen Zentralmächte mit 143 Millionen Bewohnern zum Opfer gefallen. Das ist der weltgeschichtliche Vorgang. Der „Vorwärts“ schreibt zu den Feststellungen des Buches: Es zeigt die Ursachen der deutschen Niederlage mit zwingender Deutlichkeit auf, die überaus leichtsinnige Herausforderung der Völker durch den Eintritt in den Kampf, die falsche Einstellung einer alleinherrschenden Obersten Heeresleitung in allen Lagen der äußeren und inneren Politik. Darum liegt Deutschland, trotz aller verzweifelten Anstrengungen der Sozialdemokratie es zu retten, trotz einem Opfermut der Massen, der in der Weltgeschichte seinesgleichen nicht findet. Jetzt stellen sich die Schuldigen auf den offenen Markt und schreiben, daß das Volk die Schuld an der Niederlage habe. Bethmanns Buch gibt diese Leute eine würdige Antwort auf dem Gebehe, eine erschütternde Anklage und eine Mahnung an das deutsche Volk, nie wieder zu

Feuilleton. Requiem den erschossenen Brüdern.

Dem Andenken Gustav Landauers. Großer Chor: Senkt die roten Fahnen! Die Fahnen der Freiheit! Die Fahnen der Liebe! Sturmlied der Kämpfer! Fahnen des Anbruchs! Senkt sie zur Erde, Zum blutigen Schoße Der allumfassenden Mutter! Eine weibliche Stimme: Frühlings ins noch der Unterdrückten, Jahre tief umspielt von graner Rot, Kerker der Fabriken sie umdroht, Warten ihre Augen, die Verzückten. Nächte dumpfe in verschwitzten Stuben, Frauen gingen schwanger wie ein wecker Wind, Särgen Kluch dem qualgeweihten Kind, Siechten, Stumme, hals blinden Gruben. Eine Kinderstimme: Trauring war von Wünschen unerfüllt, Frühlings und ohne Sonnenstern. Märchenbuch und Spielzeug lag im Laden fern. Keine Mütter, die den Hunger stillten. Eine männliche Stimme: Morgen kam! Da sprangen auf die Beine! Volk der Arbeit drohte schweren Schritt.

Tausendfach geballte Qual ging mit, Um den goldenen Kompostbaum zu fällen. Tag ward! hell umloht von leuchtender Gebärde. Lied der Freiheit tönte ans verzückte Ohr. Mutter segnete den Sohn, den sie verlor, Daß er Dünge war dem Acker neuer Erde. Großer Chor: Wir grüßen die rosigten Hügel Befreiten Tags! Der Ausbeutung Ketten zerstrengt! Der Ausbeutung Ketten zerstrengt! Brüder geleitet die Schwefelsterne! Liebe erfülle Gemeinschaft! Beginnet das Werk! Wir grüßen die rosigten Hügel Befreiten Tags! Eine männliche Stimme: Stiehet Wachen aus! Noch ist der Sieg nicht unser. Feind gewanzert wälzt sich gegen uns. Giftiges Gas schickt in selbstem Schwaden, Flammen speit sein Eisenmund. Eine weibliche Stimme: Wehe, sie gärten sich! Wehe, Dämmerung hilft sie! Wehe und Ruch dem Krieg! Wehe dem Hoi! Mensch gegen Mensch. Arder mordet den Bruder. Wehe, die zarte Mäute, Eben geboren, erfriert. Chor der Männer: Sie zwingen den Kampf uns auf. Nicht Jubel grüßt den Krieg.

Die harte Masse blinder Unvernunft. Ihr Mäute seid bereit! Der Arbeit Wert gilt es zu schätzen. Chor der Frauen: Wir sind zu tief dem Grauenvollen abgewendet, Der Mund verstummt, kein Siegeslied geleitet Euch. Verbrecht die Eisenwaffen, Männer! Verbrecht die Waffen der verwesten Zeit! Wehe, sie hören nicht! Dämmerung hilft sie! Wehe, das Warden begann. Eine weibliche Stimme: Verhüllet das Anklage, Schwestern, Ich singe ein trauriges Lied. Ach höre Eurer Männer dumpfe Schritte. Wie Sklaven tragen sie die Hände auf dem Haupt. Wie Sklaven werden vorwärts sie gestoßen. O Schwestern, Nacht erwürgte Licht. Chor der Männer (aus der Ferne): An Mauern sterben wir, An Kerker erschlagen von Kolben. Aufsteht der Wolk, Dredet sich zwischen Mensch und Mensch. O Tod in engen Höfen! O Tod an Gartenzäunen! Eine männliche Stimme (aus der Ferne): Hört Ihr des Bruders, des Propheten Stimme? Von rohen Stößen wund ist sein gequälter Leib. Sie schlugen ihn, da „Brüder!“ er sie nannte. Gemariert, angenagelt an die Erde!

Hört Ihr des Bruders, des Propheten Stimme. Ein Stammeln ist's, ein wehes Stammeln: „Erschlagt mich doch! Erschlagt mich doch!“ Chor der Männer (aus der Ferne): Sie haben ihn getötet, Den Mann des milden Auges, Den Mann des heißen Zorns. O Tod in engen Höfen! O Tod an Gartenzäunen! O Tod in schwarzen Kerker! O Tod in schwarzen Kerker! Großer Chor: Senkt die roten Fahnen! Die Fahnen der Freiheit! Die Fahnen der Liebe! Sturmlied der Kämpfer! Fahnen des Anbruchs! Senkt sie zur Erde, Zum blutigen Schoße Der allumfassenden Mutter. Eine weibliche Stimme: O niemand, der uns trösten könnte, O niemand, dessen wilde Worte Die große Trauer sanfter bettet! Chor der Frauen: Wir hilflos Hungertagen preisgegeben. Die Mühsal redt sich, ewiges Gespenst. Ihr Schwestern, löse Tod uns zu erlösen! Wir ewigen Opfer, ewig Verlorne! Chor der Jugend: Ihr lüftet tiefe Trauer, Ihr vergrämten Frauen,



den Zuständen einer Zeit zurückzuführen, in der es maßlos der Verblüdung und dem Nachtrauf einer Herrscherklasse ausgeliefert war.

Die Ausgestoßenen. Aus Neutischheim wird uns mitgeteilt: Bekanntlich haben die Arbeiter in Neutischheim gegen die brutale Ausbeuterfirma Hüssel vor kurzem demonstriert. Die Folge waren Aufsperrungen und Entlassungen auch bei anderen Firmen der Stadt, die sich zu der Firma Hüssel solidarisch erklärten. Von der Firma Hüssel wurden zehn Arbeiter entlassen und gegen sie die Anzeige wegen öffentlicher Schalltätigkeit erstattet. Nun sind aber, wie alle Teilnehmer wissen, Gewalttätigkeiten überhand nicht begangen worden, und auch die Herrn Hüssel werden sich vergeblich bemühen, den Beschuldigten eine solche nachzuweisen. Es sind wohl Rufe gefallen, wie „Weg mit der Huchthaus- und Maschinenfabrik“, was sich auf die den Arbeitern aufgesetzene Fabrikordnung bezog, aber Täuschlichkeiten sind keine vorgekommen. Der Fabrikkaufmann verhandelte ganz ruhig in der Kanzlei mit den Firmenchefs, und der Hauptvertrauensmann bestellte einen anderen Vertrauensmann zur Kanzlei für um eventuell eindringende Demonstrationen zurückzuhalten. Dieser vom Hauptvertrauensmann bestellte Ordner wurde entlassen und unter Anklage gestellt. Nicht genug daran, wurde auch noch seine Frau entlassen. Solcherart aber sind die gesamten Entlassungen. Wegen dieser nichtfolgenden Dinge, hat nun auch das Gericht eine hochnotwendige Untersuchung eingeleitet, bei der eine Unmasse von Zeugen vernommen wurden. Der Prozeß verspricht sich zu einer Seeschlange auszuwickeln. Das es sich hier nur um eine Rache der Firmen an den Arbeitern handelt, ist wohl allen Kennern der hiesigen Verhältnisse klar. Die Behörden lassen sich nach wie vor von den Unternehmern mißbrauchen.

Nun müssen sich die Entlassenen oder um eine Arbeit umsehen, was in dieser Krisenzeit nicht leicht ist. Anlässlich der Mobilisierung sind nun unter anderen auch aus der Neutischheimer Tabakfabrik Arbeiter eingerückt und die Fabrikleitung hat die Aufnahme von Ersatzarbeitern auf unbestimmte Zeit ausgeschrieben. Die Arbeiter der Zigarrenfabrik wurden aber ausnahmslos abgelehnt, obwohl der Vertrauensmann den Direktor über den Charakter ihrer angeblichen Vergehen aufklärte. Die Arbeiter sollen wohl auf diese Art als Parias erklärt und von der Gesellschaft ausgestoßen werden? Erst peinigt man die Arbeiter bis zur Verzweiflung, und lehnen sie sich nur im Mindesten dagegen auf, so vernichten die Kapitalisten und die Behörden dieses kapitalistischen Staates ihre Existenz.

Die Finanzwirtschaft der Gemeinden. In dem unter diesem Titel von uns veröffentlichten Artikel heißt es: „Das Ueberweisungsrecht garantiert den Gemeinden 50% der Gebäudefsteuer“. Es soll natürlich heißen 5%.

### Kleine Chronik.

Alkohol und Geisteskrankheiten. Die Alkoholverkaufser laufen gegen den Gesetzesantrag Sozialistischer Sturm. Es ist geradezu possivisch, welche Einwände sie gegen das Gesetz über das Verbot der Verabreichung alkoholischer Getränke an Minderjährige erheben. Diesen Ausflüchten gegenüber sei hier eine Statistik von 13 amerikanischen Irrenanstalten angeführt, die wohl deutlich die segensreichen Folgen der Entalkoholisierung der Vereinigten Staaten darlegt: Das Alkoholverbot hat den Stand der Geisteskrankheiten in New York außerordentlich günstig beeinflusst. In 13 Staatsirrenanstalten des Staates New York nahmen die Zahlen der Erfassungen bis zum Jahre 1917 beständig zu. 1918 und 1919 trat eine geringe und 1920 eine starke Abnahme der Aufnahmen ein. Die Zahl der alkoholischen Geistesstörungen ging bereits seit 1914, wohl unter dem

Doch unsere Stimmen seien Trost. Hansaren rufen sie Euch zu: Verzaget nicht!

Ein neuer Tag wird Nacht verdrängen, Vor unsrer Flugfahne blist der Hag. Die Liebe kündigt Weltgemeinschaft. Und Euch, die ewig Opfer waren, Seilet wir mit Rosenkränzen, In ew'gen Morgen, ew'ges Licht. Noch eine kleine Weile haltet aus, Ihr Schmerzensreichen, wunden Frauen. Gedent in schmerzlicher Trauer Der toten Brüder, Die Barbarenwelt der Zeit In tausend Tode trieb.

Eine weibliche Stimme: Selig sind, die guten Willens starben!

Chor der Frauen: Requiescant in pace!

Großer Chor: Senkt die roten Rohren!

Die Rohren der Freiheit! Die Rohren der Arbeit! Sturmlich der Kämpfer! Rohren des Anrechts! Senkt sie zur Erde, Zum blutigen Schöße Der allumfassenden Mutter.

Ernst Toller.

Einfluss der Kstinenbewegung, ständig zurück. Wegen alkoholischer Geistesstörungen wurden eingeliefert:

1909 . . .	561 Krante
1914 . . .	464 "
1919 . . .	299 "
1920 . . .	122 "

Am 1. Juli 1919 wurde das Kriegsgeisteskrankheitsgesetz erlassen. Seit dieser Zeit gingen die Zahlen der auf Alkoholismus zurückzuführenden Geisteserkrankungen auch im Verhältnis zur allgemeinen Abnahme der Geisteskrankheiten rapid zurück. Sie betragen im Jahre

1918 . . .	5,2%
1919 . . .	4,0%
1920 . . .	1,9%

Zu gleicher Zeit hat die Aufnahme von Geisteskranken, deren Erkrankung auf den Genuß anderer beruhsender Mittel zurückzuführen ist, ebenfalls abgenommen.

Eine gütige Luftwelle. Der „Wolfsanzeiger“ bringt die merkwürdige Meldung, daß die Erbschaft Jettel in Oldenburg von einer gütigen Luftwelle heimgesucht wurde. Duzende Personen wurden obnützlich und erholten sich erst nach mehreren Stunden wieder.

## Die Bodenreform und Die Agrarier.

Von G. Steiner-Jägerndorf.

Die verschiedenen politischen Parteien und wirtschaftlichen Korporationen wenden der Bodenreform ein steigendes Augenmerk zu. Es ist deshalb von Interesse wahrzunehmen, wie sich die eine oder die andere Seite die Lösung dieses folgenschweren volkswirtschaftlichen Problems denkt. Die staatspolitischen Auswirkungen der Bodenreform, die von den Prager Regierungsstellen erhofft werden, sollen diesmal unberücksichtigt bleiben. Der vorstehende Aufsatz soll lediglich die Stellungnahme der einzelnen Parteien kennzeichnen und die mit ihr im engsten Zusammenhang stehenden wirtschaftlichen und sozialpolitischen Erscheinungen.

Als an der Bodenreform unmittelbar Beteiligten kommen vor allem die Organisationen der Bauern in Betracht, deutscherseits der „Bund der Landwirte“. Die bisher auf den zahlreich erhaltenen bäuerlichen Tagungen gehaltenen Reden ihrer Parteiführer und deren Zeitungsartikel bekunden, daß diesen Kreisen das Verständnis für eine großzügige, produktionssteigernde und der Allgemeinheit dienende Bodenreform vollständig mangelt. Egoismus und privater Eigentumsfanatismus sind leitende Gedanken in „ihrer“ Bodenreform. Als unentwegte Verfechter der bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung, sind sie um die Umkehrheit ihres Privateigentums besorgt, wo aber ihre Bereicherung durch Grund und Besitz auf Kosten des Großgrundbesitzes erfolgen könnte, verkümmern ihre sonst sittlich-moralischen Bedenken.

Eine gelungene Formulierung der Art der Durchführung der Bodenreform hat der Abgeordnete Jierhut (Bund der Landwirte) gefunden, die auch an Zweideutigkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Mit Lebhaftigkeit tritt er für die Innenbesiedlung ein, indem er ausführt: „Die Bodenreform darf nicht ausgehen auf eine Zerstückelung des Bodens, sie muß sich vielmehr eine Innenbesiedlung innerhalb des Dorfgeländes zum Ziele nehmen, namentlich das Dorf in den Besitz von Boden gelangen lassen, um die Dorfgemeinschaft zu erhalten und zu stärken.“ Die

Bodenreform darf sich also nicht in einer Bodenzerstückelung äußern, sie soll jedoch trotzdem der Innenbesiedlung dienen. Wenn wir den Abg. Jierhut und seine Mannen vom „Bund der Landwirte“ richtig verstehen, so sind diese der Ansicht, daß von einer Bodenzerstückelung nicht gesprochen werden kann, wenn eine dem Großgrundbesitz gehörende Fläche enteignet und kurzerhand einem mittleren oder größeren Bauernbesitzer zugeschlagen wird. Anders verhält es sich mit den landarmen Leuten. Der Gründung einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft durch Hausler und Kleinlandwirte würden die Dorfgemeinschaften mit recht gemühten Gefühlen beggnet, abgesehen davon, daß für den kapitalistischen Hausler und Kleinlandwirt der Erwerb größerer Grundkomplexe ein Ding der Unmöglichkeit ist. Die dieser Innenbesiedlung anhaftende sozialpolitische Tünche ist trügerischer Sayen, dazu dienend, Egoismus und großagrarisches Hagier zu verdecken.

Die „Bodenreform“ des „Bundes der Landwirte“ huldigt dem privatkapitalistischen Eigentum und würde bei ihrer praktischen Durchführung den Mittel- und Großbauer zum unumschränkten Gebieter in der Produktion und Preisbildung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse machen. Die neben ihm vegetierenden Kleinlandwirte und Häusler können noch mehr unter seinen Einfluß, der landwirtschaftliche Arbeiter in den Bereich seiner Willkür und unsozialen Denkart. Die Entwicklung der Landwirtschaft nach dieser Richtung hin müßte für den Inlandskonsum unheilbringend sein, sie würde der Befestigung der Herrschaft der übermächtigen bäuerlichen Vorkapitalisten über die übrigen Dorfgemeinschaften und städtischen Konsumenten bedeuten und uns in Zukunft die Möglichkeit nehmen, entsprechenden Einfluß auf die Preisbildung auszuüben.

Dieser Auslieferung der nichtbäuerlichen Bevölkerung unter das Diktat einer mit allen wirtschaftlichen Machtmitteln ausgestatteten Klasse, müssen wir uns nicht nur widersetzen, wir müssen uns auch die Mittel und Wege zu sichern wissen, die uns ein Mitbestimmungsrecht in der Produktion und der Preisbildung gewähren, bevor wir die Landwirtschaft der Vollsozialisierung zugeführt haben. Eine Bodenreform in unserem Sinne wird hier die brauchbarste Handhabe zur Beseitigung privater egoistischer Bestrebungen sein. Nicht Ueberführung des enteigneten und zerstückelten Großgrundbesitzes in das Eigentumsrecht des Bauernstandes, sondern möglichste Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Großbetriebe neben den bäuerlichen Wirtschaften wird eine produktionsfördernde und preisregulierende Wirksamkeit zeitigen. Freilich wird vorher auf dem Großgrundbesitz die privatkapitalistische Bewirtschaftung der genossenschaftlichen weichen müssen. Der „Bund der Landwirte“ vertritt demnach den Gedanken der Güterzertrümmerung und die Stärkung des bäuerlichen Mittelstandes, wöingegen wir uns für die Weibehaltung beider Bewirtschaftungsformen aussprechen, jedoch mit Ausschaltung des privatkapitalistischen Eigentums.

## Gedenket des Fonds für euer Zentralorgan!

Kammerten sich an, und er lachte ihnen frech in die Augen...

Es wurde so mancher gute Gulden vertan. Aber das brachte er auf der anderen Seite schon reichlich herein. Und wenn nichts? Denn es war eigen: niemals kommt es der Herrmann so recht fassen, als hätte er wirklich Anteil am Gelde seines Weibes. Ein richtiges Gefühl des Besitzes erwachte nicht in ihm. Was er hatte, das war sein. Und nur, was er vertan, dies war gemessen, und es konnte es ihm niemand mehr wegnehmen.

Etwas Leichtes, Unbeschwertes gab ihm das unter einem ewig sorgenden und sorgenden Gefährte. Und der Ruzena mißfiel es nicht einmal. Es war ganz gut, daß ihr Mann nicht alles so ernst nahm wie sie selber. Nur eines kranfte sie: es wollte kein Kind kommen. Und daß ihrer Ehe dieser letzte und wahrste Segen vorenthalten bleiben mußte, dies trug zu ihrem eigenen Erstauern, die vordem Kinder nicht eben gemocht, tief an ihr. Für wen plagte man sich denn? Und hatte Gott, an den sie ohne alles Lippenwerk innerlich glaubte, am Ende doch keinen rechten Gefallen an ihrer Ehe gefunden?

Am Dorf aber war ein rechtes Latern, eine unabhässliche, schadenfrohe Erwartung. Wie lang würden die beiden überhaupt miteinander hanteln, und welches Ende mußte das mit ihnen nehmen? Denn daß es gut ausging, war doch ganz ausgeschlossen, obzwar es sich gegenwärtig so welt ganz hübsch und verträglich anließ. Aber ein Haberdas selbst ein Haberdas, und nichts und keine Liebe kann etwas anderes aus ihm machen, als wozu er beschaffen ist.

Mochte sie's haben! Denn allen zum Trost, bei vielen Warnungen und ohne auf einen zu

## Die Massenprotestversammlungen am Sonntag.

Wir geben im Folgenden einen kurzen Auszug der sonntägigen Versammlungsberichte wieder, die wir noch im Laufe des gestrigen Tages erhielten. In allen Versammlungen wurde die Entschlieung, deren Wortlaut wir gestern veröffentlichten, einstimmig angenommen. Während in Böhmen die Kundgebungen überall in voller Ruhe verliefen, kam es in Mähren und Schlesien an verschiedenen Orten zu erregten Szenen, da dort die Regierungsvertreter sehr unruhlich ihres Amtes waliteten. Die politischen Landesverwaltungen von Mähren und Schlesien haben ihre Rückständigkeit bewiesen, indem sie ihre Vertreter zu den Protestversammlungen schickten, die in Böhmen ohne diese Vertreter auskamen. In Mähr.-Trübau und Wagstadt wurden die Versammlungen aufgelöst. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiterschaft dieser Bezirke den Gewaltakt nicht ruhig über sich ergehen ließ und es wäre dringend notwendig, daß die Regierung diesen Praktiken der beiden Landesverwaltungen ein Ende setze.

Kreis Eger.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft des Bezirkes Wildstein versammelte sich am Sonntag in Großloh überaus zahlreich. Abgeordneter Genosse Dr. Politischer legte die Stellungnahme der Partei zur Kriegsjahre und zur Mobilisierung klar und rechtfertigte scharf mit den Bürgerlichen ab, welche die Lüge verbreiteten, die Sozialdemokraten seien für den Krieg. Die Versammlung billigte einstimmig die Haltung der sozialdemokratischen Abgeordneten.

Kreis Karlsbad.

Die von der Bezirksorganisation Falkenau nach Königsberg einberufene Volksversammlung erstente sich eines sehr guten Besuches. Das Referat erstattete Genosse Grundl-Elbogen. In der lebhaften Debatte, die darauf folgte, kam zum Ausdruck, daß der Standpunkt des Parteivorstandes von der Arbeiterschaft vollkommen gebilligt wird. In der Versammlung wurde darüber Bescheid geführt, daß in Eger die Zustände für die Einrückenden geradezu unerträglich sind. Es sind dort zu wenig Unterkünfte vorhanden. Die Leute bekommen weder Kleidung, noch Menge, noch Löhnung. Die Beschwerden wurden in die Formen des Protestes zusammengefaßt und der Kreisleitung Karlsbad übersendet, damit ein Abgeordneter oder Senator in dieser Angelegenheit interveniere. — Die Versammlung in Luditz, in der Bürgermeister Genosse Jörller-Beschau Bericht erstattete, gestaltete sich zu einer mächtigen Volkskundgebung. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien, die auch erschienen waren und sich durch Zwischenrufe bemerkbar machen wollten, — übrigens auch einen Redner ins Treffen schickten — wurden von unserem Referenten gründlich abgeföhrt.

Kreis Tepliz-Boaz.

Die Volksversammlung in Pilsen, die im großen Saale des Hotels „Stadt Wien“ stattfand, war massenhaft besucht. Das Referat des Senators Dr. Heller fand stürmische Zustimmung. Die Versammlung hat einen mächtigen Eindruck hinterlassen; die Bürgerlichen und Kommunisten, die an der Versammlung teilnahmen, wagten sich nicht zu

hören, hatte sie doch den schlechten Anz genommen und angefehrt, wenn mancher broder Mutter arbeitsames und gutgezogenes Kind sich's nicht besser gewünscht hätte, als auf dem Capel's zu wirtschaften und seiner Herrin ein guter und getreuer und starker Gatte zu sein. Denn das Anwesen hieß immer noch nach ihr und nur nach ihr, und an den Namen des Herrmann mochte man sich all die Jahre her gar nicht gewöhnen...

Es gab bald allerhand Gerede über den Herrmann.

Das war nicht anders, als plachten sie sämtlich auf ihn, oder als hätte sich wider ihn das ganze Dorf verschworen.

Kam derlei seinem Weibe zu Ohren, so auch es ungläubig die Achseln. Was sich die Leute nur immer und ewig um andere zu bekümmern hatten, die ihnen gar keinen Dank darum wühten, statt um die eigenen Sachen!

Ihr kam man damit nicht an. Denn der Wojtsch mochte sein, wie er wollte, — so gut wie die war er lange noch, obzwar allerhand Gensschaften an ihm jutage traten, die ihr gar nicht gefielen.

Denn blind war sie niemals gewesen. Sie sah scharf und richtig und hatte nur die Fähigkeit starker Naturen, manches zu übersehen. Tat er aber etwas, das nicht nach ihrem Sinne stand: er war eben töricht. Und weil er immer viel allein gemessen war, so hatt' er nie gelernt, sich einem anderen bequemen. Das brauchte Geduld und Liebe, daran sie es nicht fehlen lassen wollte, ehe er das begreifen und üben lernen konnte.

(Fortsetzung folgt).



ühren. — In der Volksversammlung in P... sprach Genosse Czerny. Die Debatte zeigte, daß die Arbeiterschaft des Postelberger Bezirkes wohl entschieden gegen jeden Krieg, aber bereit ist, die Reaktion mit den schärfsten Mitteln zu bekämpfen.

Kreis Warnsdorf.

In Warnsdorf erstattete Abgeordneter Genosse Fischer das Referat, das von der stark besuchten Versammlung mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Kreis Mies.

Die öffentliche Volksversammlung in Pian wies einen Massenbesuch auf. Die Ausführungen des Referenten Genossen Plohs-Mies wurden oftmals von stürmischen Kundgebungen unterbrochen. Die anwesenden Deutschnationalen und Christlichsozialen, die in der vergangenen Woche mit den reichsten Beleidigungen Verwirrung in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft hineinzutragen versucht hatten, wagten es nicht, in der öffentlichen Versammlung gegen die Partei aufzutreten. Die Arbeiterschaft des Planer Bezirkes verlangt von der Regierung die Erhaltung des Friedens und die Aufhebung der Teilmobilisierung. — Die Versammlung im Staab war massenhaft besucht. Referent Genosse Fiska sprach unter großem Beifall der Versammelten zur Tagesordnung. — In großer Zahl hatte sich die Arbeiterschaft des Dobrzaner Bezirkes zu der Versammlung eingefunden, in der Genosse Kahač-Staab Bericht erstattete. Die sehr stark besuchte Versammlung in Zwug (Referent Genosse Kahač) nahm einstimmig die vorgelegte Entschließung an.

Mähren.

In Mährisch-Trübau fand am Sonntag im großen Saale des „Sandsak“ eine große öffentliche Versammlung statt, in der Senator Genosse Polach das Referat erstattete. Seine Ausführungen wurden oft von stürmischem Beifall unterbrochen. Da der anwesende Regierungsvertreter die Versammlung auflöste, wird die Arbeiterschaft am nächsten Sonntag die Versammlung fortsetzen. — In vielen Orten können die Versammlungen erst später stattfinden, weil durch die Mobilisierung fast alle Säle besetzt sind.

Für Mittwoch, den 26. Oktober, wurde vom sozialdemokratischen Wahlverein „Freiheit“ in Sternberg ins Arbeiterheim eine öffentliche Vereinsversammlung mit der Tagesordnung: „Der Monarchistenputsch in Ungarn“ einberufen. Die Versammlung wies einen massenhaften Besuch auf. Das Referat erstattete Genosse Johann Weiß. Die anwesenden politischen Gegner, unter ihnen die Kommunisten, meldeten sich nicht zum Worte.

Am 28. Oktober nahm die Arbeiterschaft Deutsch-Libaus im vollbesetzten Saale der Frau Behar Stellung zur Mobilisierung. Das Referat erstattete Genosse Ullger aus M. Schönberg. Die anwesenden Bürgerlichen giefen sich in Beschimpfungen der Arbeiterschaft und ließen Rufe wie „Generalstreik“, „nicht einrücken“, hören. Der Referent empfahl unter Zustimmung der versammelten Arbeiter, den kommenden Generalstreik vom Bürgertum führen zu lassen, sodas das Gekläff verstummte. Die Heuchelei der anwesenden Saktenkreuzer und Christlichsozialen veranlaßte den Referenten, den Versammelten besonders zu empfehlen, die Augen offen zu halten und sich in den kommenden Tagen nicht durch unverantwortliche Provokateure zu Taten hinreißeln zu lassen, welche für die Ausführenden und das Proletariat von Nachteil wären, sondern im Gegenteil die Nachschäber zu zwingen, ohne Krieg und zwar auf diplomatischem Wege, die konterrevolutionäre Clique zum Schweigen zu bringen. Die Bürgerlichen zogen es vor, zu schweigen und ruhig zu verduften, als sie von einigen Arbeitern und vom Vorsitzenden aufgefordert wurden, zu sprechen.

Schlesien.

In der Versammlung in Troppau, die einen Massenbesuch auswies, erstattete Abgeordneter Genosse Heeger den Bericht. — Die Versammlung in Bennisch war eine der größten Kundgebungen, die dieser Ort gesehen. Das Referat des Genossen Tiz-Troppau fand allgemeine Zustimmung, die Resolution wurde einstimmig angenommen. — Die für Sonntag nachmittags in das Arbeiterheim in Wagstadt einberufene Protestversammlung wies einen Massenbesuch auf. Nach vor Beginn der Versammlung erklärte der Regierungsvertreter über die Mobilisierung dürfte nicht gesprochen werden und auch sonst habe sich der Redner zu mäßigen, widrigenfalls die Versammlung sofort aufgelöst würde. Das Referat des Abgeordneten Joll wurde wiederholt von Zustimmungsrufen aus der Versammlung begleitet, doch bei jedem Hinweis

auf die Mobilisierung unetbrach der Regierungsvertreter den Redner. Als Genosse Joll ein Telegramm eines bürgerlichen Blattes zitierte, löste der Regierungsvertreter die Versammlung auf. Dieser Gewaltakt löste bei den Versammelten furchtbare Erregung aus. Ein Wall von Händen erhob sich, als Genosse Joll die Frage stellte, wer mit dem Proteste gegen die Mobilisierung einverstanden sei. Der Kommissar tat noch ein Uebrißes und wollte den Saal von Gendarmen räumen lassen, obwohl die Arbeiter nach dem Absingen des „Liedes der Arbeit“ sich selber zum Verlassen des Saales anschickten.

Freiwaldau.

Im Volksheim tagte am Sonntag eine gut besuchte Protestversammlung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft des Freiwaldauer Bezirkes. Die Rede des Genossen Hohheiser fand stürmische Zustimmung. Die Kommunisten die auch zwei Redner ins Treffen schickten, hielten sich eine gründliche Blamage. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

In Ostschlesien.

fanden bereits in der Vorwoche vier Versammlungen mit der Tagesordnung: „Die mitteleuropäische Reaktion und Kriegsgefahr“ statt. Die Bezirksvertretung Ostschlesiens hatte schon, noch ehe die Kunde vom Habsburgerstreich eintraf, die Abhaltung dieser Versammlungen beschlossen, weil das Treiben der unterkerikalern Banner segelnden ostschlesischen Monarchisten ein Einschreiten der Arbeiterklasse dringend forderte. Kein Wunder, daß durch das Einlagen der Nachricht von Karls Abenteuer und von der erfolgten Mobilisierung die Arbeiter in Massen zu den Versammlungen strömten. In Teschen sprachen die Genossen Kowalik (deutsch), Sarganel (polnisch) und Bene (tschechisch); in Freitadt die Genossen Rottmann, Awietniowski und Sedlacek; in Karwin die Genossen Schön, Steffel und Pawlan und in Trzyniech die Genossen Kowalik, Sarganel und Kasprzik. Ueberall wurde die Entrüstung über die monarchistischen Schläge und Vorbereitungen, über die Streiche des letzten Habsburgers in heftigen Worten zum Ausdruck gebracht, überall ausgesprochen, daß das Proletariat der sich sammelnden Reaktion eine eiserne Pflanz entgegenzustellen wissen werde. Aber mit nicht geringer Entschiedenheit verlangten die Redner die Austragung der Habsburger- und Horthyangelegenheit durch friedliche Mittel und betonten, daß die Entente nur einer Bruchteil der Energie, über die sie gegenüber Deutschland verfüge, anzuwenden brauchte, um das ewig intrigierende Betharen- und Habsburgertum zur Raision zu bringen. Die Anwesenheit tschechischer Genossen gab insbesondere unseren Redner Gelegenheit, sie, die sich mit uns zum Kampfe gegen die mitteleuropäische Reaktion erhoben, zur Bekämpfung auch der heimischen Reaktion aufzufordern. Die Ausführungen der Referenten wurden mit stürmischer Zustimmung aufgenommen. Die Versammlungen waren eindrucksvoll und würdig und zeigten den entschlossenen Willen des ostschlesischen Proletariats, sich die Herausforderungen der Monarchisten unter keinen Umständen gefallen zu lassen, aber auch auf der friedlichen Lösung der ungarischen Frage zu beharren.

Angstkäufe.

Bei Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 wurden durch die planlosen Käufe der Armeeleitung die Preise der Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel vom ersten Tage der Mobilisierung angefangen, in die Höhe getrieben. Zu gleicher Zeit setzten die Angstkäufe des Publikums ein und so kam es, daß die Preise von Stunde zu Stunde erhöht wurden. Wir leben nun in einer ähnlichen Zeit wie im Jahre 1914, wenn es sich auch nur um eine Teilmobilisierung handelt. Vor allem wollen wir feststellen, daß die Armeeleitung die Fehler vom Jahre 1914 nicht wiederholen und als Käufer nicht den preisvertreibenden Einfluß auf die Preisveränderung ausüben darf wie damals. Aber auch die Angstkäufe des Publikums setzten mit dem ersten Tage der Mobilisierung Grundmachung ein und als sich in einigen Artikeln, wie Zucker, Salz und Seife Mangel zeigte, fanden diese Käufe ihre lebhafteste Fortsetzung. Es bilden sich vor manchen Geschäften wieder Fronten, wie in der ärgsten Zeit und es gibt auch gewissenlose Händler, die die Angst der Konsumenten zu ihrem persönlichen Vorteil ausnützen und die Warenpreise zu erhöhen versuchen. Wohl hat das Ministerium für Volksernährung gleich in den ersten Tagen beruhigend auf die Verbraucher eingewirkt, indem es die Mittel aufzählte, die bereit ständen, um die Gefahr einer verschlechterten Warenversorgung zu bannen. Die jetzige Zeit ist auch nicht zu vergleichen mit dem Jahre 1914, weil wir keine

Blockade zu befürchten haben und die Zufuhr aus den Ueberseehändern nicht gefährdet erscheint. Die übertriebene Angst der bemittelten Klassen wirkt naturgemäß ansteckend auf den Rest der Verbraucher, obwohl zu dieser Zeit keine besonderen Ursachen vorliegen. In der schweren Zeit müssen sich wieder die Konsumentenvereine als ein besonderer Schutz der Verbraucher bewähren. Sie allein sind imstande, die Preise auf der derzeitigen Höhe zu erhalten und wenn sie gleich vom ersten Mobilisierungstage an die vorräthigen Mengen quotenmäßig einteilen und so jedes Mitglied, unbekümmert ob bemittelt oder unbemittelt, die entfallende Menge sicherten, so haben sie damit schon einen großen Teil zur Beruhigung beigetragen. In dieser Weise fortzufahren, wird ihre vornehmste Aufgabe sein und es steht zu erwarten, daß damit die Ruhe und Besonnenheit zurückkehrt. Die fehlenden Warenmengen werden ununterbrochen durch Verbraucherorganisationen zugeführt und es dürfte schon heute in allen Geschäften genügend Zucker vorhanden sein, um die Ansprüche zu befriedigen. In Zucker ist über nur Mangel aus dem Umstande eingetreten, weil der Uebergang von der staatlichen Beschaffung zum freien Handel vollzogen wurde und eine Preisherabsetzung mit 1. November eintreten soll, sodas alle Verbraucherorganisationen mit dem Bezug von Zucker bis zu dem entscheidenden Termine zurückhielten. Für Salz ist vorgesorgt und es sind die notwendigen Waggons bereitgestellt, um die Menge herbeizuschaffen. Für die Seifenproduktion sind beratige Vorräte an Rohmaterialien in den Produktionsbetrieben angehäuft, daß von einem Mangel an Seife absolut keine Rede sein kann.

Die Verbraucher können aus diesen Vorgängen wieder lernen, daß sie schutzlos den Kettenhändlern und Preistreibern ausgeliefert sind, wenn sich nicht ihre eigenen Organisationen den notwendigen Schutz schaffen. Sie mögen daraus erkennen, daß sie in die große Organisation der Konsumenten hineingehören, weil sie dort ihr Interesse am besten zu schützen vermögen.

Sparsamkeit.

Die gegenwärtige Regierung will das Gleichgewicht im Staatshaushalte durch Sparsamkeit herbeiführen. Wie diesem theoretischen Grundgedanke in Wirklichkeit entsprochen wird, soll an der Hand eines Beispiels nachgewiesen werden. In dem Vorschlage, Kapitel II, Kanzlei des Präsidenten der Republik befindet sich auf Seite 13 unter dem Titel „Ordentliche Einnahmen“ folgende Post: „Miete, Wasserzins, Anerkennungszins, Erträge, Zuschläge zum Wasserzins und sonstige Einnahmen Kč 8.441.—“.

Unsere Genossen im Budgetausschuß haben Aufklärungen über diese Post verlangt. Aus der Darstellung des Ministerialrates Dr. Betraz haben wir entnommen, daß sich dieser Betrag aus folgenden Einzelposten zusammensetzt, die wir der Öffentlichkeit nicht vorenthalten können:

- a) Miete: 1. M. Pokorn 20.—, 2. Thun Oswald (Graf) 2.10, 3. Münch Rosa 20.—, 4. Landes-Verwaltungskommission 100.—, 5. Dr. Batejdl (Abg.) 600.—, 6. B. Fiala 250.—, 7. Aut. Duceit 520.—, zusammen 1512.10; b) Ertrag: 1. Stadtrat Prag 833.—; c) Wasserzins: 1. Richter Josef 68.—, 2. Lofstowit (Kürst) 32.—, 3. Verein der Frauen der hl. Anna (Ernestinum) 10.—, 4. Prager Metropol Kapitel 74.60, 5. Probstet St. Veit 32.—, 6. Militär-Landesbauabteilung Urfüllentafelne 27.30, Filiale der Mt. Krankenhaus 29.40, 7. Anton Wögl 33.60, 8. Anna Starč 60.—, 9. Fürstberg R. E. (Graf) 32.80, 10. Landesverwaltung 50.—, 11. J. Müller 32.—, 12. chapel Anna 45.—, 13. Wlantsi Rheid 29.40, 14. Thun Oswald (Graf) 56.40, 15. Thun Franz (Graf) 60.—, 16. Neimann 120.—, 17. Buschtiebrader Bahn 200.—, 18. S. Straßer 180.—, 19. Dieh 100.—, 20. Dr. Fischer und J. Rosal 150.—, 21. Stavel und Ponca für die Fabrik in Hostiwit 80.—, zusammen 1502.50. 4. Anerkennungszins: 1. Skala 1.—, 2.—4. Gemeinde Bubence 12.—, 5.—21. Gemeinde Prag 183.—, 22. Landeskasse für Überlassung des Grundstückes für die Kunstakademie in Bubence 20.—, 23. Milit. Landesbauabteilung 1.—, 24. Landesverwaltung 1.—, 25. Metropol Kapitel 8.—, 26. Erzbischöfliche Residenz 1.—, 27. Verein der hl. Anna 1.—, 28. Losenan 1.—, 29. Metropolit Anna 1.—, 30. Bezirksausschuß Smichow 31. Metropol Kapitel 1.—, 32. Dieh 4.—, Bartl 156.—, Barton 520.—, Salda 364.—, Ruzida 416.—, Pokorny 208.—, zusammen 1900.—, Obsterlos 2450.—, Diverse 243.65.

Wir glauben nicht fehlzugehen, wenn wir behaupten, daß einzelne Beträge um das Hunderte erhöht werden könnten. Es werden Geschenke auf Kosten der Allgemeinheit an ehemalige Grafen, dem Kultus und Privatvermögen gemacht, die durch nichts gerechtfertigt werden können. Unseren Vertretern im Budgetausschuß gegenüber wurde behauptet, daß für diese Zustände die frühere österreichische Verwaltung der Pura verantwortlich sei. Diese Verantwortung scheint uns nicht zutreffend zu sein. Die Wohnung an Dr. Batejdl und einige

andere... von der gegenwärtigen Verwaltung... Ueber Anregung unserer Genossen im Budgetausschuß wurde die Abstimmung über diese Kapitel zurückgestellt.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Das Interesse der Kapitalisten an der Entwertung der Valuta. Der Zentralverband der deutschen Bankiergewerbe hat eine Einladung zu einer internationalen Währungs-Konferenz in London mit der Begründung abgelehnt, daß die Beratungen über die Gesundung der kranken Währung Deutschlands und anderer Länder so lange zwecklos erscheinen, als keine Gewähr dafür bestehe, daß die Beschlüsse der Sachverständigen bei den Regierungen der maßgebenden Länder die erforderliche Beachtung finden, besonders soweit die notwendigen politischen Voraussetzungen für die Wiederherstellung einer geordneten Währung in Betracht kommen. Hiesige Blätter finden diese Antwort außerordentlich befremdend, da man daraus wiederum Schlüsse auf den bösen Willen Deutschlands zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen ziehen kann. In Wirklichkeit verbirgt sich darin der Wunsch weiterer Kapitalistenkreise, möglichst lange die schlechten Währungsverhältnisse beizubehalten, weil ihnen dadurch ungeheure Gewinne in den Schoß fallen. Aus ähnlichen Gründen sträubten sie sich gegen die Erfassung der Sachwerte und bereiten der Aufbringung einer Goldmilliardenanleihe im Auslande die größten Schwierigkeiten.

Die Arbeitszeit in der Landwirtschaft. Die Internationale Arbeitskonferenz genehmigte mit 73 gegen 18 Stimmen den italienisch-britischen Antrag die Frage der achtstündigen Arbeitszeit in der Landwirtschaft auf die Tagesordnung der künftigen Session zu stellen. Eine bestimmte Frist wurde nicht festgesetzt und es wurde dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes freigestellt, diesen Punkt in dem ihm geeignet erscheinenden Zeitpunkt auf die Tagesordnung zu stellen.

Tschechischer Bergarbeiterkongreß. Der tschechische Bergarbeiterkongreß, der Samstag eröffnet wurde, setzte Sonntag seine Erörterungen fort. Nachmittags hielten die Delegierten des Ostrau-Karwiner Reviers eine besondere Konferenz ab, in welcher die Ursachen der Kohlenkrise im Ostrauer Revier und die Schritte beraten wurden, welche unternommen werden müßten, damit der Lohnvertrag im Ostrauer Revier auch weiterhin in Geltung bleibe. Die Konferenz hatte ein befriedigendes Ergebnis und es besteht Hoffnung, daß der Vertrag im Revier aufrecht bleiben wird.

Die Pensionisten der tschechoslow. Republik. In zwei Sitzungen dieser Woche hat sich der Budgetausschuß mit dem Vorschlag betreffend die Pensions- und Versorgungsgegenstände beschäftigt. Wir sind durch diese Verhandlungen in die Lage versetzt worden, die Zahl der Pensionisten und des Aufwandes für die einzelnen Zweige sicherzustellen. Die Gesamtzahl der Pensionisten beträgt 73.271, hievon Zivilpensionisten 59.465, Militärpensionisten 13.806. Der Gesamtaufwand für die Zivilpensionisten beträgt 381.936.000 K., für die Militärpensionisten 121.255.000 K. Der durchschnittliche Jahresaufwand für eine Zivilperson befreit sich demnach mit 6428 K., für eine Militärperson mit 8782 K. Der Stand der Zivilpensionistenliste ist folgender: 17.452 Pensionisten, 13.908 Witwenpensionen, 7240 Waisenpensionen und Erziehungsbeiträge, 16.291 Provisonen, 3574 Gnadengaben und 1000 Pensionisten in Karpatho-Rußland ohne Angabe von Details.

Der durchschnittliche Jahresaufwand für einen Pensionisten beträgt 6395 K., für eine Witwenpension 4455 K., für einen Erziehungsbeitrag 1058 K., für einen Waisenpension 1058 K., für einen Provisonen 1108 K. und für eine Gnadengabe 1108 K. Dazu kommen die Zulagen und Notausgaben, welche mit dem Gesetze vom März d. J. beschlossen wurden und die für das Jahr 1921 mit einem Aufwande v. 149.553.000 Kronen veranschlagt erscheinen.

Die Militärpensionisten weisen folgenden Stand auf:

Pensionisten:	1. Rangskl.	(1)	(2)	(3)	(4)
1 Gensil	1.	2			
3 Gensil	2.	2			
26 "	3.	3			
63 "	4.	30	1	4	1
198 "	5.	131	9	25	3
618 "	6.	216	52	106	3
850 "	7.	181	35	86	2
737 "	8.	327	74	172	16
1260 "	9.	483	168	395	62
1003 "	10.	160	315	563	55
723 "	11.	92	407	568	51
53 "	12.	88	103	183	18
232 "	ohne				
178 Unteroffiziere					
374 Vorkriegsinvalide		215	166	325	38
1203 Patentinvalide		151	2	32	16

Witwenpensionen: (1) normal, (2) mit 50% Zulage, (3) Erziehungsbeiträge, (4) Waisenpensionen. Der Streik im Berliner Gastgewerbe. Seit vier Wochen sind die Angestellten im Berliner Gastgewerbe im Streik. Die Unternehmer benötigen dies zu einem Generalangriff gegen



